## Was wollte Dollfuß bei Mussolini?

Mussolini und Dollfuß haben ihre Meinungen über die schwebenden politischen Fragen ausgetauscht. In Rom und in Wien gab man nach Abschluß der Verhandlungen ganz allgemein gehaltene Communiqués aus. Sie verschweigen, was die beiden Staatsmänner in Rimini wirklich miteinander besprochen haben. Und auch aus den sonst noch vorliegenden Nachrichten vermag man nur festzustellen, daß Bundeskanzler Engelbert Dollfuß sich an der Adriaküste als furchtloser Segler bewährte, während Mussolini dem Oesterreicher mit Schwimmkunststücken zu imponieren suchte . . .

In Wirklichkeit unterhielten sich die beiden Staatsmänner in Rimini über sehr ernste Dinge. Das österreichische Problem brennt den europäischen Staatsmännern auf den Nägeln. Wenn Dollfuß seine so oft angekündigte Italienreise ganz plötzlich antrat, so spricht daraus eine gewisse Besorgnis vor „kommenden Dingen". Schon seit langem zerbricht man sich in den europäischen Hauptstädten darüber den Kopf, wie man der Republik Oesterreich wirtschaftlich helfen kann. Mussolini, der im Donauraum eigene Absichten verfolgt, behält die österreichische Frage immer im Auge. Auch aus den Communiqués geht das eine ziemlich klar hervor: daß sich die beiden Staatsmänner vorwiegend über wirtschaftliche Dinge unterhalten haben. „Einstweilen handelt es sich nicht darum," so schrieb zu dieser Staatsmännerzusammenkunft der Petit Parisien, „irgendwelche weitreichende Pläne Mitteleuropas zu suchen, sondern um die Gewährung einer geeigneten und wirksamen Hilfe für Oesterreich."

Mit einer Anleihe ist Oesterreich gewiß nicht gedient. Der Leidensweg der letzten Oesterreich-Anleihe steht dem Donauvolke noch so frisch im Gedächtnis, daß man von dieser Art Hilfe auch am Ballhausplatz recht wenig erwartet.

Dennoch braucht Oesterreich rasche Hilfe. Die neue „Wiener Freie Presse" gab dieser Tage freimütig zu, daß sich das österreichische Budget in den ersten Jahresmonaten sehr ungünstig entwickelt habe. Entgegen allen Erwartungen schwoll der Fehlbetrag im zweiten Quartal des Rechnungsjahres weiter an. Auch wenn jetzt gegen Jahresende eine Steigerung der Einnahmen eintreten sollte, so bleiben doch noch die Ausfälle des ersten Halbjahres auszugleichen. Die schwierige Finanzlage Oesterreichs mag den Bundeskanzler Dollfuß veranlaßt haben, in Rimini mit Mussolini ganz offen über die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten eines unabhängigen Oesterreichs zu sprechen. Große Hoffnungen wird der italienische Staatschef bei Dollfuß nicht erweckt haben. Die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Hilfeleistung für Oesterreich sind begrenzt. Man weiß ja aus zahlreichen Aeußerungen Mussolinis, daß ihm der Plan einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Oesterreich und Ungarn vorschwebt. Ein solcher „Wirtschaftsbund" würde selbstverständlich Italiens Absichten im Donauraum unterstützen. Die Besprechungen, die Mussolini zuerst mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös und später mit dem ungarischen Handelsminister hatte, liefen alle in der gleichen Richtung. Mussolini wünscht, im Donauraum lebensfähige Wirtschaftsgebilde zu schaffen.

Alle wirtschaftlichen Erwägungen über den Donauraum werden heute erschwert durch politische Zwischenspiele. Die beklagenswerte Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses steht da selbstverständlich im Vordergrund aller Auseinandersetzungen. In der französischen Presse setzt man sich jetzt übereinstimmend dafür ein, daß die Regierungen Frankreichs und Englands von weiteren diplomatischen Interventionen in Berlin Abstand nehmen und den Konflikt dem Völkerbund unterbreiten soll. Mussolinis Standpunkt in der deutsch-österreichischen Angelegenheit hat sich in den letzten Wochen kaum gewandelt. Der Duce hält die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs für wünschenswert und notwendig, läßt aber gleichzeitig durchblicken, daß auch ihm an einer Entspannung im deutsch-österreichischen Verhältnis sehr gelegen ist.

Keine Frage, daß in Rimini diese „deutsch-österreichische Frage" sehr eingehend erörtert wurde. Die Aufklärungsvorträge des österreichischen Landesinspektors Habicht im Münchener Rundfunksender behagen dem österreichischen Bundeskanzler ganz und gar nicht. Schon die bloße Ankündigung neuer Oesterreich-Vorträge in den deutschen Sendern flößte Herrn Dollfuß Furcht ein. Daneben bemühen sich gerade französische Blätter, den leibhaftigen Teufel in der Gestalt einer in Deutschland stehenden „österreichischen Legion" an die Wand zu malen. Bundeskanzler Dollfuß, durch die Ereignisse der letzten Zeit reichlich nervös geworden, griff deshalb mit beiden Händen zu, als ihm der italienische Staatschef zu einem kurzen Weekend-Besuch nach Rimini einlud.

Viel bringt Herr Dollfuß wirklich nicht mit heim von der blauen Adriaküste. Er reist mit leichtem Gepäck, wie es sich für einen Staatsmann ziemt, der immer auf der Suche nach Freunden ist. Es hätte ja wirklich nicht erst eines amtlichen Communiqués bedurft, um erneut die Uebereinstimmung der österreichischen und italienischen Politik festzustellen. Wenn Dollfuß nach Wien weiter nichts mitbringt als diese platonische Feststellung — dann hätte er sich seine Flugreise nach Rimini sparen können. Der Bundeskanzler weiß jedoch, daß Gefahr im Verzuge ist und daß die Wirtschaftslage Oesterreichs von Tag zu Tag sich verschlimmert. In dieser Situation greift auch ein Staatsmann gern nach einem Strohalm und leiht den Aeußerungen eines befreundeten Staatsmanns Absichten unter, die diesem sicherlich ferngelegen haben.

# Einzelheiten des Staatshaushaltsplanes für 1933.

**Der Staatshaushaltsplan** für den Freistaat Sachsen für das Rechnungsjahr 1933 liegt jetzt der Oeffentlichkeit vor. Er gleicht sich, wie bereits bekanntgegeben worden war, in Einnahmen und Ausgaben mit 326 435 310 RM aus. **Gegen das Vorjahr sind die Ausgaben um rund 19,5 Millionen RM vermindert worden.** Der Ausgleich hat nur dadurch erzielt werden können, daß in die Einnahmen eine Zinsforderung für die Abtretung der Eisenbahn an das Reich in Höhe von 25 979 450 RM eingestellt worden ist. Ueber diese Zinsforderung stehen Verhandlungen mit dem Reich bevor.

Der Staatshaushaltsplan ist unter Anwendung des allerstrengsten Sparmaßstabes aufgestellt worden. Bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen aus den Reichsüberweisungssteuern sind die Beträge zugrundegelegt worden, die das Reichsfinanzministerium den Ländern Ende April 1933 als voraussichtlich zustehende Anteile mitgeteilt hatte (der Reichshaushaltsplan für 1933 liegt bekanntlich noch nicht vor). Unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Aenderungen wurde ein Betrag von 153 763 000 Reichsmark errechnet (im Vorjahr wurden 150 496 000 RM überwiesen). Das Beteiligungsverhältnis des Staates und der Gemeinden bleibt gegenüber 1932 unverändert.

Bei den Landessteuern ist das Aufkommen aus der Gewerbesteuer und der Grundsteuer in Anlehnung an den Ertrag der beiden Steuern im Rechnungsjahr 1932 auf 10 Millionen bezw. 16 Millionen RM geschätzt worden. Bei der Schlachtsteuer und der Stempelsteuer werden die Zuschläge von 50 v. H. bezw. 20 v. H. auch für 1933 erhoben. Auch für die Ausgleichsteuer für Fleisch und Fleisch- und Wurstwaren bleibt der 50prozentige Zuschlag bestehen. Die Steuer kommt praktisch nur noch bei der Einfuhr aus dem Ausland in Frage. Bei der Aufwertungssteuer ist eine Aenderung in der Verteilung des Aufkommens eingetreten. Eine weitere Kürzung der Wohnungsbaumittel war erforderlich. **Die Einnahme des Staates aus den Landessteuern im Rechnungsjahr 1933 ist auf 99 041 000 RM geschätzt worden. Das Aufkommen im Jahre 1932 betrug 93 039 000 RM.** Von den gesamten Ausgaben des Ordentlichen Haushaltes entfallen 226 768 365 RM, gleich 69,47 Prozent, auf persönliche Ausgaben, 99 559 495 RM, gleich 30,50 Prozent, auf die fortdauernden sachlichen Ausgaben und 107 450 RM, gleich 0,03 Prozent, auf einmalige Ausgaben. Die Minderausgaben bei den fortdauernden sachlichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr betragen 15 674 367 RM. Bei diesem Posten sind also die hauptsächlichsten Einsparungen gemacht worden. Von den Roheinnahmen entfallen 168 672 000 RM, gleich 51,67 Prozent, auf Steuern, 55 530 440 RM, gleich 17,0, Prozent, auf Nutzungen des Staatsvermögens (einschl. Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung und der 25 979 450 RM Zinsen auf Restkaufgeld für Eisenbahn) und 44 683 500 RM, gleich 13,69 Prozent, auf Erstattungen von Dritten und schließlich 57 539 370 RM, gleich 17,63 Prozent, auf Verwaltungseinnahmen. **Die Mindereinnahmen aus Steuern betragen gegenüber dem Vorjahr 13 522 000 RM und aus Verwaltungseinnahmen 4 174 960 RM.**

Bei den fundierten Anleihen ist die Einlösung der achtprozentigen Papiermarkanleihe von 1923 endgültig eingestellt worden, die noch im Umlauf befindlichen Stücke der wertbeständigen Kohlenanleihe und der Roggenwertanleihe werden künftig zu Lasten des allgemeinen Staatsvermögens eingelöst werden. Es handelt sich bei allen drei Anleihen um ganz geringfügige Beträge. Die gesamten fundierten Schulden des Landes betrugen am 31. März 1933 55 853 440 RM. Demgegenüber beliefen sich die schwebenden Schulden am gleichen Tag auf 248 843 085 RM zuzüglich eines Darlehens des Reiches zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Höhe von 2 675 500 RM. Die Umwandlung der schwebenden Schulden in fundierte Schulden war bekanntlich bei den im In- und Ausland herrschenden Verhältnissen am Kapitalmarkt in den letzten Jahren nicht möglich. **Den Gesamtschulden des Sächsischen Staates in Höhe von 307 372 025 RM steht ein Aktivvermögen des Staates gegenüber, dessen Höhe zwar augenblicklich nicht sicher geschätzt werden kann, das aber mit Bestimmtheit den Betrag der Schulden um ein Mehrfaches übersteigt.** Der Frage der Umwandlung der schwebenden Schulden in langfristige Tilgungsschulden wird nach wie vor die ernsteste Aufmerksamkeit zugewandt.

In der Einstufung der Beamten in die einzelnen Besoldungsgruppen sind nur wenige Aenderungen eingetreten. Die mit weiblichen Beamten besetzten Kanzleibeamtenstellen werden beim Freiwerden eingezogen. Als Ersatz sollen, soweit nötig, Tarifangestellte eingestellt werden. Die Zahl der planmäßigen Beamten hat sich um 417 auf 21 587, die Zahl der nichtplanmäßigen Beamten um 7 auf 4 244, die Zahl der Lehrer um 145 auf 16 656 verringert. Bei den Angestellten ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 152 auf 3314 eingetreten. Bei den außerordentlichen Zuwendungen und Unterstützungen an Beamte und Angestellte und bei den Beiträgen zur Krankenversicherung für Staatsbeamte ist eine beträchtliche Kürzung eingetreten. Auch die Reisekosten sind gegenüber 1932 weiterhin um 30 Prozent gekürzt worden.

Mittel für Neubauten sind im Ordentlichen Haushalt nicht vorgesehen. Zur Bestreitung des laufenden Bauaufwandes sind 3 319 200 RM veranschlagt worden; das sind 800 000 RM weniger als im Vorjahr. Darüber hinaus sind etwa 5,4 Millionen RM für Instandsetzungsarbeiten nach dem zweiten Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm im Außerordentlichen Haushalt vorgesehen.

Zu den einzelnen Teilen des Haushaltsplanes wird bei dem Kapitel Forsten festgestellt, daß sich die Verhältnisse auf dem Holzmarkt nicht wesentlich gebessert haben. Bei den gewerblichen Betrieben der Bergverwaltung wird voraussichtlich wiederum nur die Münze Gewinn abwerfen. Bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen und bei den Staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerken wird mit einem Verlust gerechnet. Bei den wasserwirtschaftlichen Betrieben bedingt die verminderte Abgabe von Trink- und Nutzwasser Mindereinnahmen. Andererseits konnten erhebliche Einsparungen gemacht werden. Bei den staatlichen Kraftwagenlinien ist in der Zahl der beförderten Personen gegenüber 1931 ein Rückgang von 25 Prozent eingetreten. Ein Ueberschuß wird auch für das Geschäftsjahr 1933 noch nicht erwartet.

Der Geschäftsgang bei der Sächsischen Staatsbank ist befriedigend. Es wird für 1933 ein Ueberschuß von 900 000 RM erwartet. Bei der Aktiengesellschaft Sächsische Werke lassen die Betriebsergebnisse der letzten Monate den Schluß zu, daß das Ergebnis für 1933 wahrscheinlich günstiger sein wird als für 1932; es wird eine Dividende von 4 Millionen RM erwartet.

Für den regelmäßigen Luftverkehr sind seitens des Staates und der beteiligten sächsischen Städte insgesamt 287 000 RM an Unterstützungsbeiträgen vorgesehen. Für die Unterhaltung von Staatsstraßen sind 6 720 000 RM eingesetzt worden. Es wird erwartet, daß bei diesem Aufwand die Straßen in einem verkehrssicheren Zustand erhalten werden können.

Im übrigen wird damit gerechnet, daß mit Hilfe von Reichsdarlehen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm im laufenden Jahr der Instandsetzungsplan weiter vorwärts getrieben werden kann. Die Wiederherstellung der umfangreichen Schäden, die durch Hochwasser im Jahre 1931 und 1932 verursacht worden sind, erfordert im Rechnungsjahr 1933 noch verhältnismäßig hohe Mittel. Außerdem sind zur Durchführung der Arbeiten im Sinne des Arbeitsbeschaffungsprogramms den Unterhaltungspflichtigen wesentliche Beihilfen gewährt worden. Für die Staatsleistungen an die Ev.-luth. Landeskirche ist das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 20. Dezember 1932 maßgebend.

Der Außerordentliche Staatshaushaltsplan sieht bekanntlich Ausgaben in Höhe von 11 481 300 Reichsmark vor. Der Hauptteil entfällt auf die Instandsetzung von Staatsstraßen (4 180 000 RM), den Neubau der Elbbrücke in Meißen (1 848 000 RM), auf außerordentliche Erneuerungen und Instandsetzungen an staatlichen Grundstücken (1 530 000 RM) sowie schließlich auf den Erweiterungsbau für die Justizbehörden in Leipzig.

In einer Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Hoheitsverwaltung werden die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung mit 12 313 683 RM (die Einnahmen mit RM 3 130 460), die Ausgaben für Polizei mit 41 037 742 RM (Einnahmen 22 027 880), die Ausgaben für das Verkehrswesen mit 14 480 003 RM (Einnahmen 783 000 RM), die Ausgaben für Rechtspflege mit 47 664 999 RM (Einnahmen 24 049 050 RM), die Ausgaben für das Schulwesen mit 88 787 003 für die Volksschulen (Einnahmen 24 259 524 RM) und mit 20 729 543 RM (Einnahmen 3 816 825 RM) für sonstige Schulausgaben angegeben. Bei Kunst und Wissenschaft erfordern die Hochschulen 13 167 978 RM (Einnahmen 2 879 326 RM), sonstige Ausgaben 6 553 809 RM (Einnahmen 3 083 145 RM). Der Aufwand für die Kirche beträgt 6 268 175 RM, für das Fürsorgewesen 13 938 440 RM, für staatliche Anstalten 16 270 062 RM (Einnahmen 15 233 400 RM), für die Finanz- und Steuerverwaltung 5 794 256 RM und für den Schuldienst 21 546 160 RM. Außerdem sind für die werteschaffende Erwerbslosenfürsorge 1 Million RM angesetzt.

Von den Reichssteuerüberweisungen entfallen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer 92 085 000 RM (davon an die Gemeinden 52 473 000 RM), auf die Umsatzsteuer 39 249 000 RM (davon an die Gemeinden 21 587 000 RM), auf die Kraftfahrzeugsteuer 15 870 000 RM (davon an die Gemeinden 9 522 000 RM), auf die Rennwettsteuer 3 150 000 RM und auf die Biersteuer 3 436 000 RM.

Von den Landessteuern soll die Gebäudeentschuldungssteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes mit RM 95 931 000 beitragen, wovon 46 170 000 RM an die Gemeinden überwiesen werden sollen. Zur Förderung der Bautätigkeit sollen den Gemeinden aus der Steuer 6 669 000 RM überwiesen werden. Von der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen werden 350 000 RM, von der Schlacht- und Ausgleichssteuer 19 010 000 RM und von der landrechtlichen Stempelsteuer 3,5 Millionen RM erwartet. Von den Staatsbetrieben sollen die Landeslotterie 6 103 224 RM, die Domänen und Forsten 391 232 RM erbringen.

## Viel Lärm um nichts.

NSP. Seit Jahren waren wir gewohnt, alle Monate von einer anderen Konferenz, die in irgend einer Form zur Behebung der Weltwirtschaftskrise beitragen sollte, zu lesen.

Mit großen Hoffnungen besprachen die Zeitungen diese Ministerzusammenkünfte vorher, mit vielverheißender Rede erfolgte jedesmal die Eröffnung, die üblichen Posten der Vorsitzenden usw. wurden vergeben, es konstituierten sich Unter- und Arbeitsausschüsse und damit war das so schwungvoll Begonnene wieder einmal vertagungsreif.

Wie anders hat unser Führer die Sache angepackt. Von heute auf morgen verwirklichte er seine gigantischen Pläne. Wie geht er der Arbeitslosigkeit zuleibe! In kaum glaublich kurzer Zeit hat er durch seinen eisernen Willen Millionen wieder zu Arbeit und Brot verholfen. Deutschland, seit 14 Jahren der Spielball neidischer Nachbarn, kann wieder vertrauensvoll in die Zukunft sehen. Jeder einzelne darf wieder hoffen, wir müssen nur alle dazu beitragen, die Pläne unseres Volkskanzlers zu fördern, und schon mit einer Reichsmark können wir mithelfen am Aufbau. Die Arbeitsbeschaffungslotterie, die die NSDAP. herausgebracht hat, gibt Gelegenheit dazu, der Ertrag dient dem begonnenen Werk und hilft die arbeitslosen Volksgenossen wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern. Keiner darf sich ausschließen, jeder muß mithelfen, jeder muß seinen Willen zum Wiederaufbau bekunden und Arbeitsbeschaffungslose kaufen. Einer für alle und alle für einen.

## Auch die Kirche schafft Arbeit

Wie berichtet wird, liegt das umfangreiche Arbeitsbeschaffungsprogramm der Evangelisch-lutherischen Landeskirche gegenwärtig der Reichsregierung zur Prüfung vor; an seiner Genehmigung ist nicht zu zweifeln. **Es umfaßt Instandsetzungs- und Erneuerungsarbeiten an Kirchen und kirchlichen Gebäuden im Werte von rund 1,5 Millionen RM, die sich auf ganz Sachsen verteilen.**

Unter den wichtigeren Projekten, die in Angriff genommen werden sollen, befinden sich Wiederherstellungen an der Laurentiuskirche in Pegau, an der Kirche von Leubnitz-Neuostra, an Kirchen in Borna und Rochwitz, an der Dresdner Dreikönigskirche, zwei Chemnitzer Kirchgebäuden und der Chemnitzer Superintendentur. Als Auftraggeber wird das Landeskirchenamt, nicht die einzelnen Kirchgemeinden, in Erscheinung treten.

## Zerstörung der letzten Bismarckdenkmäler in Ostoberschlesien.

* Kattowitz. Ohne Befragen der Stadtverordnetenversammlung und lediglich auf Grund einer eigenmächtigen Anordnung des Kattowitzer Bürgermeisters wurde am Dienstag **mit dem Abbruch des Bismarckturmes im Kattowitzer Südpark begonnen.** Der aus massiven Steinquadern bestehende etwa 25 Meter hohe Turm wurde 1908 als Aussichtsturm gebaut und dem Andenken des großen deutschen Kanzlers geweiht. Nach dem Uebergang Kattowitz in polnische Hände wurde das an dem Denkmal angebrachte Bronzerelief Bismarcks entfernt und durch ein Relief des polnischen Freiheitshelden Koszinszki ersetzt. Die Zerstörung des Denkmals hat selbst unter der polnischen Bevölkerung große Entrüstung ausgelöst. — Ebenfalls am Dienstag wurde auch mit der **Abtragung des Bismarckdenkmals an der ehemaligen Drei-Kaiser-Reichs-Ecke in Mislowitz** und in Olsau an der früheren deutsch-österreichischen jetzt polnisch-tschechischen Grenze begonnen.

SLUB
Wir führen Wissen.